China und der IWF (Internationaler Währungsfond), unterstützt von BRICS+, haben der rechtsextremen Regierung von Javier Milei in Argentinien eine Rettungsleine zugeworfen

von Éric Toussaint, 7. Oktober 2025,

Im September 2025, nachdem er seit Dezember 2023 das Land regiert hatte, erlitt der Neofaschist Javier Milei bei einer wichtigen Wahl eine Niederlage. Das Ergebnis war die Wahl in der Provinz Buenos Aires. Bei dieser Wahl wurden 46 Sitze in der Provinzkammer der Abgeordneten und 23 Sitze im Provinzsenat neu besetzt. Die peronistische Opposition schlug Mileis Partei mit 13 Punkten Vorsprung und hält nun die Mehrheit im Senat der Provinz Buenos Aires. Die Hauptstadtprovinz repräsentiert etwa 37-38 % der nationalen Wählerschaft. Die Provinzwahlen in Buenos Aires sind immer ein wichtiger Test auf nationaler Ebene, so auch für Javier Milei in diesem Jahr.

In diesem Zusammenhang muss die Rolle der beträchtlichen Finanzhilfen bewertet werden, die Präsident Milei im April 2025 vom IWF (mit einstimmiger Unterstützung der BRICS+), der Weltbank und China gewährt wurden. Milei war dabei, sein wirtschaftliches und politisches Risikospiel zu verlieren, als die oben genannten Kreditgeber einschritten und ihm eine dringend benötigte Rettungsleine, oder anders gesagt, ein Rettungspaket zur Verfügung stellten. Zwar wuchs die Unzufriedenheit, ohne Milei jedoch wesentlich zu destabilisieren, doch seine Wirtschaftspolitik zeigte deutliche Anzeichen des Scheiterns. Entgegen seinen Hoffnungen war es ihm nicht gelungen, die von ihm erhofften ausländischen Kapitalzuflüsse anzuziehen. Infolgedessen waren die Devisenreserven zur Deckung der Importe und Schuldenzahlungen auf einem historischen Tiefstand.

Wäre Milei diese Rettungsleine nicht zugeworfen worden, hätte er im September

2025 eine noch größere politische Niederlage und möglicherweise einen schweren Rückschlag bei den Zwischenwahlen Ende Oktober 2025 hinnehmen müssen. Die Zukunft wird zeigen, welche genauen Folgen diese Hilfe für den Neofaschisten Milei haben wird, insbesondere im Hinblick auf die Analyse der Ergebnisse der für den 26. Oktober 2025 angesetzten Wahlen.

Die wirtschaftliche Lage Mileis ist so prekär, dass er sich im September 2025 gezwungen sah, sich an Trump zu wenden, um vor den Wahlen finanzielle Hilfe vom US-Finanzministerium zu erhalten. Trump reagierte positiv, aber zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels war die finanzielle Hilfe noch nicht ausgezahlt worden.

In welchem Zusammenhang warfen der IWF und China Javier Milei im April 2025 eine Rettungsleine zu?

Im April 2025 genehmigte der Exekutivrat des IWF ein neues Darlehen in Höhe von 20 Milliarden Dollar zur Unterstützung der Regierung von Javier Milei und bewahrte ihn damit vor einem eindeutigen wirtschaftlichen Scheitern, das ihn bei den Wahlen im Oktober 2025 politisch teuer zu stehen gekommen wäre [1]. Der IWF zahlte fast sofort 12 Milliarden Dollar aus, da die Lage so ernst war, dass eine dringende Zuführung von Devisenreserven erforderlich war. Gleichzeitig verlängerte China sein Kredit-Swap-Abkommen im Wert von umgerechnet 5 Milliarden Dollar, was ebenfalls eine wichtige Hilfe für Milei darstellte. Unterdessen kündigte die Weltbank (WB) an, über einen Zeitraum von drei Jahren 12 Milliarden Dollar und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) 10 Milliarden Dollar zu verleihen.

Die konservative spanische Tageszeitung *El Mundo* verkündete die Maßnahme mit der Schlagzeile:

„Argentinien erhält vom IWF eine Rettungsleine in Höhe von 20 Milliarden Dollar." Weiter hieß es: „Diese Nachricht kommt zu einem entscheidenden Zeitpunkt für die argentinische Wirtschaft, die in den letzten Wochen besorgniserregende Anzeichen gezeigt hat: Die Inflation ist nicht mehr rückläufig, der Dollar hat begonnen zu steigen und das Risiko-Rating des Landes hat 1.000 Punkte überschritten. Inmitten der internationalen Finanzkrise und in einer für seine Regierung äußerst heiklen Phase begrüßte Javier Milei die 20 Milliarden Dollar „Rettungsleine", die der Internationale Währungsfonds (IWF) Argentinien

zugeworfen hat. „Komm schon, Luis Caputo, verdammt noch mal!", schrieb der argentinische Präsident am Dienstagabend in den sozialen Medien und zitierte dabei seinen Wirtschaftsminister." [2]

Am 12. April 2025 veröffentlichte die Tageszeitung *Le Monde* die Schlagzeile „Argentinien erhält 42 Milliarden Dollar von internationalen Finanzinstitutionen" (davon 20 Milliarden Dollar vom IWF, 12 Milliarden Dollar von der Weltbank und 10 Milliarden Dollar von der IDB, wie oben erwähnt) und schrieb im Artikel:

„Milei braucht dieses Abkommen wie die Luft zum Atmen." Le Monde berichtete, dass die Geschäftsführerin des IWF, die Bulgarin Kristalina Georgieva, auf X eine Nachricht gepostet hatte, in der sie erklärte: *„Dies ist eine Anerkennung der beeindruckenden Fortschritte bei der Stabilisierung der argentinischen Wirtschaft*" und ein *„Vertrauensvotum für die Entschlossenheit der Regierung, die Reformen fortzusetzen*" [3].

Die konservative argentinische Tageszeitung *Clarín* berichtete ihrerseits:

„Der IWF wird Argentinien im Rahmen eines Vierjahresprogramms einen Kredit in Höhe von 20 Milliarden Dollar gewähren. Darin enthalten ist eine erste Zahlung von 15 Milliarden Dollar an neuen Mitteln." [4]

Die argentinische Regierung begrüßte ihrerseits offensichtlich die Unterstützung des IWF und nutzte sie in ihrer Kommunikation mit der argentinischen Öffentlichkeit und ausländischen Investoren. [5]

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels, am 22. September 2025, schuldet Argentinien dem IWF laut dessen Website 40.260 Millionen SZR (SZR = Rechnungseinheit des IWF [6]), was 55.253 Millionen US-Dollar entspricht. Argentinien ist das Land, das am stärksten vom IWF abhängig ist, und umgekehrt ist der IWF von Argentinien stärker abhängig als von jedem anderen Land. Sollte Argentinien in Zukunft nicht mehr in der Lage sein, seine Rückzahlungen an den IWF zu leisten, würde dies die Organisation in große Schwierigkeiten bringen.

Die Schulden Argentiniens gegenüber dem IWF betragen etwa das 12,6-fache der Quote Argentiniens beim IWF [7]. Zum Vergleich mit der Situation anderer Länder, die stark vom IWF abhängig sind: Die Schulden Griechenlands gegenüber dem IWF betragen etwa das 2,8-Fache seiner Quote, die Schulden Pakistans gegenüber dem IWF etwa das 3,3-Fache seiner Quote, die Schulden Ägyptens

gegenüber dem IWF etwa das 4,3-Fache seiner Quote und die Schulden der Ukraine gegenüber dem IWF etwa das 5,4-Fache seiner Quote. Die Lage Argentiniens ist also viel ernster, und der IWF ist sich dessen sehr wohl bewusst.

Wie sah die Wirtschaftsbilanz von Javier Milei aus?

Der vom IWF und anderen Kreditgebern gewählte Zeitpunkt ist entscheidend. Tatsächlich stand (und steht) das hyperbrutale Wirtschaftsprogramm des neofaschistischen Präsidenten Milei kurz vor dem Scheitern, obwohl die Inflation zurückgegangen war. Während Milei zu Beginn seiner Amtszeit die argentinische Währung gegenüber dem Dollar stark abgewertet hatte, verfolgte er anschließend eine Politik der Aufwertung oder Aufwertung des Wechselkurses. Diese Politik ermöglichte 2025 eine Aufwertung des argentinischen Pesos gegenüber dem Dollar, hatte jedoch zur Folge, dass ein erheblicher Teil der Dollarreserven aufgebraucht wurde, insbesondere um die Bezahlung von Importen zu unterstützen und der oberen Mittelschicht und der Kapitalistenklasse den Kauf von Dollar für den Tourismus im Ausland zu ermöglichen. Was die Entwicklung der Armut in Argentinien betrifft, so ging sie nach einem starken Anstieg in der ersten Hälfte der Präsidentschaft Mileis Ende 2024 zurück. In Bezug auf die Wirtschaftstätigkeit kam es nach einem starken Rückgang im Jahr 2024, der die Rezession von 2023 verlängerte, im Jahr 2025 zu einer Erholung. Vergleicht man jedoch das Bruttoinlandsprodukt von 2022 mit dem von 2025, so ergibt sich für diesen Zeitraum ein Wachstum von knapp 1 %. Trotz der Aussagen von Milei muss das Wachstum von 2025, das auf die Rezession von 2023-2024 folgt, daher relativiert werden. Einige Sektoren wachsen (Öl und Agrarindustrie, beide exportorientiert), andere sind stark rückläufig (die arbeitsintensivsten). Im Baugewerbe gingen 150.000 Arbeitsplätze verloren, in der Industrie 30.000, und der Abwärtstrend hält an. Die Kaufkraft der Pensionen ist dauerhaft um 15 % gesunken. Darüber hinaus wurden 52.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut und die öffentlichen Ausgaben um fast 35 % gekürzt. Die Führung des IWF hat den Haushaltsüberschuss, der sich aus dieser Anpassung ergab, begrüßt. Die Devisenreserven befanden sich jedoch auf ihrem niedrigsten Stand. Das Land stand vor enormen finanziellen Schwierigkeiten bei der Begleichung seiner Importzahlungen und der Rückzahlung seiner Auslandsschulden, sowohl gegenüber privaten Gläubigern als auch gegenüber dem IWF.

Zu berücksichtigen sind auch die bedeutenden Mobilisierungen der Bevölkerung, die 2024 und 2025 sowohl unter Arbeitnehmer:innen und Rentner:innen als auch

an Universitäten, innerhalb der feministischen Bewegung und unter den in den verschiedenen Gewerkschaften organisierten Arbeitslosen stattfanden.

Trotzdem gelang es Milei, die Unterstützung der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten, doch diese begann angesichts der ständigen Weigerung der Regierung, die Sozialausgaben zu erhöhen, und des Korruptionsskandals im Zusammenhang mit überteuerten Medikamenten für Menschen mit Behinderungen, in den Karina Milei, die Schwester des Präsidenten, verwickelt ist, zu bröckeln. Dieser Skandal folgt auf den Skandal um die Kryptowährung „*Milei Coin*" von $LIBRA. [8]

Das wirtschaftliche Scheitern wurde der öffentlichen Meinung des Landes einige Monate später, vor den Wahlen im Oktober 2025, bei denen ein Teil der Legislative neu besetzt wird, bewusst. Milei riskierte, die parlamentarische Mehrheit zu verlieren, die er dank der Unterstützung der traditionellen Rechten und einiger peronistischer Parlamentarier genießt. Er riskierte auch ein schlechtes Wahlergebnis für seine Kandidat:innen.

Infolgedessen übte Donald Trump intensiven Druck auf den IWF aus, Milei eine Rettungsleine zuzuwerfen.

Trump war bereits 2018 während seiner ersten Amtszeit einem rechtsgerichteten Präsidenten in Argentinien zu Hilfe gekommen, nicht wahr?

Tatsächlich hatte Trump dies bereits 2018 während seiner ersten Amtszeit getan, um Mauricio Macri zu unterstützen, indem er den IWF dazu brachte, Argentinien 45 Milliarden Dollar zu leihen, um eine Wahlniederlage im Jahr 2019 zu vermeiden.

Der Kredit von 2018 war verabscheuungswürdig, weil er den Interessen der Bevölkerung zuwiderlief. Ein großer Teil der geliehenen Summe wurde in Form von Kapitalflucht ins Ausland transferiert. Macri verlor die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2019. Eine peronistische Front unter der Führung von Alberto Fernandez und Cristina Kirchner gewann die Wahlen mit dem Versprechen einer progressiven Wende in der Politik. Doch anschließend hatte die peronistische Regierung, die an die Macht kam, nicht den Mut, sich den Gläubigern, insbesondere dem IWF, entgegenzustellen. Um die von Macri 2018

aufgenommenen verabscheuungswürdigen Schulden zurückzuzahlen, beantragte die peronistische Regierung selbst 2022 einen neuen Kredit vom IWF in Höhe von 45 Milliarden Dollar. Die zunehmend unpopuläre Politik des Abwartens, die diese peronistische Regierung unter der Anleitung des IWF (um dessen Bedingungen zu erfüllen und den Interessen des Großkapitals gerecht zu werden) betrieben hatte, hatte bei ihrer Wählerschaft große Enttäuschung ausgelöst.

Worin bestand Javier Mileis wirtschaftliches Glücksspiel?

Bei den Wahlen im Oktober 2023 gewann Milei die Präsidentschaftswahlen, indem er sich als Retter präsentierte und Kommunikationsmethoden ähnlich denen von Trump einsetzte. Er erhielt sofort Glückwünsche vom IWF. Die argentinische und internationale Großindustrie war zufrieden. Aber die von ihm ergriffenen Schockmaßnahmen führten zu einem Rückgang des Konsums und einer Zunahme der Armut und belebten die Wirtschaft nicht wirklich. Die ohnehin schon geringen Devisenreserven wurden weiter reduziert. Milei hoffte, dass seine äußerst unpopuläre Sparpolitik und zahlreiche Deregulierungsmaßnahmen einen großen Zufluss ausländischen Kapitals anziehen würden. Dies geschah jedoch nicht. Infolgedessen gingen seiner Regierung die Devisenreserven aus, um die vom IWF geforderten Rückzahlungen zu leisten. Um aus dieser Situation herauszukommen, musste er unbedingt einen neuen Kredit vom IWF erhalten, um die Rückzahlungen fortsetzen und die Rechnungen für Importe bezahlen zu können.

Wie verlief die Diskussion innerhalb des IWF über die Gewährung von Hilfe für Milei?

Die Führung des IWF sah sich mit einer wichtigen internen Debatte konfrontiert. Wie konnte sie einen neuen, enormen Kredit rechtfertigen, wenn die offizielle Regel lautete, dass der IWF nur dann Kredite vergeben durfte, wenn diese die Schulden tragbar machten? Es war jedoch klar, dass die beiden vorherigen Kredite, 45 Milliarden Dollar im Jahr 2018 und weitere 45 Milliarden Dollar im Jahr 2022, die Schulden nicht tragbar gemacht hatten. Die Schulden waren erheblich gestiegen.

Innerhalb der IWF-Führung wurden Stimmen laut, die sagten, dass der neue Kredit und das damit verbundene neue Programm keine besseren Ergebnisse bringen würden als die vorherigen. Die festangestellten Mitarbeiter des IWF

waren sich dessen bewusst. Aber Trump übte maximalen Druck auf Kristalina Georgieva, die Geschäftsführerin, und auf die Mitarbeiter:innen aus.

Wie war die Position der BRICS+-Mitglieder innerhalb des IWF?

Die BRICS-Mitgliedsländer gaben Trumps Druck nach und stimmten im April 2025 einstimmig für das 20-Milliarden-Dollar-Darlehen. Lulas Brasilien spielte eine aktive Rolle dabei, andere lateinamerikanische Staaten davon zu überzeugen, das Darlehen zu unterstützen, obwohl Milei eine erhebliche Bedrohung für die Demokratie in der Region darstellt und Bolsonaro und die extreme Rechte in Brasilien unterstützt, die bei den bevorstehenden Wahlen im Oktober 2026 um den Sieg kämpfen.

China, Russland, Indien, Südafrika und die anderen neuen BRICS-Mitglieder sowie die Vertreter:innen im Exekutivdirektorium des IWF stimmten alle für das 20-Milliarden-Dollar-Darlehen. China (6,08 %), Russland (2,59 %), Brasilien (2,22 %), Indien (2,63 %) und Südafrika (0,63 %) halten zusammen 14,14 % der Stimmen in der Geschäftsführung des IWF (ähnlich wie bei der Weltbank). Wenn wir die fünf neuen BRICS-Mitglieder hinzufügen, nämlich Indonesien (0,95 % der Stimmen), Iran (0,74 %), die Vereinigten Arabischen Emirate (0,49 %), Ägypten (0,43 %) und Äthiopien (0,09 %), halten die BRICS+ fast 17 % der Stimmen (Prozentangaben siehe https://www.imf.org/en/About/executive-board/members-quotas). Mit 15 % ist es jedoch möglich, eine Entscheidung zu blockieren, da bei Abstimmungen über kontroverse Themen eine Mehrheit von 85 % erforderlich ist. Unabhängig von der Berechnung der Stimmen steht jedenfalls fest, dass die BRICS-Vertreter sich in der Diskussion gegen die Entscheidung hätten aussprechen und deren Verabschiedung erheblich erschweren können, da andere Länder eindeutig zögerten.

Es ist daher bedenklich, dass die BRICS-Staats- und Regierungschefs beschlossen haben, Milei zu unterstützen, und damit das Risiko eingehen, ihm die Möglichkeit zu bieten, an der Macht zu bleiben und einen Ansteckungseffekt auf den Rest der Region und darüber hinaus zu haben. Ein solches Ergebnis könnte noch dramatischere Folgen haben als die, die wir derzeit erleben, sowohl für das argentinische Volk als auch für viele andere Völker.

Die aktuellen Entwicklungen zwischen Argentinien, dem IWF und anderen Gläubigern könnten andere Regierungen dazu veranlassen, eine immer härtere antisoziale Politik zu verfolgen, da sie erkennen werden, dass sie selbst angesichts eines offensichtlichen makroökonomischen Versagens auf die Unterstützung des IWF zählen können.

Welche Rolle hat China gespielt?

Es ist wichtig, die Rolle Chinas zu klären, das mit großem Abstand vor den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Handelspartner Argentiniens ist. China hat einen Anteil von etwa 15 % an den Exporten Argentiniens, während Brasilien 20 % und die Vereinigten Staaten 7-8 % ausmachen. Zu den wichtigsten Produkten, die Argentinien nach China exportiert, gehören Soja und Sojaprodukte, Rindfleisch, Wein, Öl und Erdölprodukte sowie Lithium. Darüber hinaus stammen etwa 15 % der Importe Argentiniens aus China, wobei es sich in erster Linie um Industriemaschinen und -ausrüstung, Fahrzeuge, Ersatzteile und Elektronikprodukte handelt. Daher veranschaulicht die Beziehung zwischen China und Argentinien die Dynamik zwischen einer Industrienation (China) und einem Land (Argentinien), das überwiegend Rohstoffe exportiert.

Am Vorabend der Kreditvergabe des IWF an Argentinien Anfang April 2025 erneuerte China eine Kreditlinie in Höhe von umgerechnet 5 Milliarden Dollar für Mileis Argentinien (wie es bereits 2018 mit dem rechtsgerichteten Präsidenten Mauricio Macri und dann mit seinem Nachfolger, dem peronistischen Präsidenten Alberto Fernandez, geschehen war). China hat damit auch Milei eine Rettungsleine zugeworfen. Der von China gewährte Kredit wird es der Regierung Milei ermöglichen, bei Bedarf Rückzahlungen an den IWF zu leisten, andere Gläubiger, darunter auch chinesische, zu bedienen und einen Teil ihrer Rechnungen für Importe chinesischer Industrieprodukte zu bezahlen.

Der chinesische Kredit-Swap ermöglicht es Milei, eine positive Brutto-Devisenreserve auszuweisen, obwohl die Netto-Reserve tatsächlich negativ ist, wie aus einer Mitteilung der Ratingagentur Fitch vom April 2025 hervorgeht, die hier abgerufen werden kann: [9] Trump drängte Milei, seinen Kreditantrag bei China nicht zu erneuern10. Aber Milei befand sich in einer so verzweifelten Lage, dass er sich dem dringenden Wunsch seines Mentors Trump widersetzte. China unterstützte Milei und stellte gleichzeitig sicher, dass er weiterhin die Schulden Argentiniens gegenüber China bezahlen und seine Rechnungen für chinesische

Importe begleichen konnte. Daher räumte China seinen wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen Vorrang ein.

Schlussfolgerungen

Die BRICS-Staaten haben innerhalb der Führung des IWF eine sehr wohlwollende Haltung gegenüber Trump und seinen Verbündeten eingenommen, was den US-Präsidenten jedoch nicht davon abgehalten hat, gegen sie in die Offensive zu gehen.

Das Argentinien von Javier Milei veranschaulicht, wie untrennbar internationale Politik und Finanzen miteinander verbunden sind. Im April 2025 boten der IWF, China, die Weltbank und die IDB dem argentinischen Präsidenten eine Rettungsleine in Höhe von 42 Milliarden Dollar an, die es ihm ermöglichte, eine drohende Krise abzuwenden. Diese Unterstützung, die unter dem Druck von Donald Trump erreicht und von den BRICS+ bestätigt wurde, zeigt, dass geopolitische Erwägungen Vorrang vor jeder wirtschaftlichen Logik der Schuldentragfähigkeit haben. Dennoch ist die Lage Argentiniens alarmierend: Rekordverschuldung gegenüber dem IWF, erschöpfte Devisenreserven, praktisch Nullwachstum für den Zeitraum 2022-2025 und ein durch die Sparpolitik erheblich geschwächtes soziales Gefüge. Trotz eines von den Gläubigern begrüßten Haushaltsüberschusses ist die Unzufriedenheit in der Bevölkerung spürbar. Die Entscheidung der BRICS+-Länder, Milei zu unterstützen, steht im Widerspruch zu ihrer Rhetorik, mit der westlichen Finanzordnung zu brechen, und bestätigt, dass ihre Prioritäten weiterhin von ihren eigenen kommerziellen und strategischen Interessen bestimmt werden. Insbesondere China hat der Sicherheit seiner Exporte und Forderungen Vorrang eingeräumt. Auch die Regierung Lula hat ihren wirtschaftlichen Interessen Vorrang eingeräumt, da sie auf Gelder des IWF zählt, damit Mileis Argentinien weiterhin seine Importrechnungen aus Brasilien bezahlen kann. Letztendlich garantiert diese Hilfe weder Mileis politische Stabilität noch eine nachhaltige Erholung der argentinischen Wirtschaft. Sie verschiebt lediglich die Frist, auf Kosten einer immer untragbareren Verschuldung und anhaltender Not für die Arbeiterklasse.

26. September 2025

Quelle[*CADTM*]*.*

Der Autor dankt Demián García Orfanó, Jorgelina Matusevicius, Julio Gambina,

Eduardo Lucita und Jorge Marchini für ihre Kommentare, Korrekturlesungen und Ratschläge. Der Autor dankt auch Patrick Bond für seine Mitarbeit. Der Autor ist allein verantwortlich für die in diesem Text geäußerten Meinungen und für etwaige Fehler, die er enthalten mag.

Der Artikel erschien in International Viewpoint.

Er wurde von uns maschinell übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.